

Riefenbrand in Rotterdam

Rotterdam, 28. April.

In der vergangenen Nacht brach in einer Möbelwerkstatt auf der Rijnstraat ein Brand aus. Als die Feuerwehr eintraf, fand bereits das ganze Gebäude in Flammen, die an den aufgeschlossenen Möbelvorräten reiche Nahrung fanden. Infolge der ungeheuren Hitze konnte die Feuerwehr nicht verhindern, daß der Brand auf den ganzen Häuserblock, der ungefähr 15 Gebäude umfaßt, übergriff. Eine große Anzahl von Personen konnte sich nur im letzten Augenblick über die Dächer retten. Verschiedene der Geretteten hatten bereits das Bewußtsein verloren und mußten ins Krankenhaus geschickt werden. Die Feuerwehr bekämpfte den Brand schließlich mit 50 Schlauchleitungen. Der Feueranschlag war bis nach Mitternacht im Gange. Der Feueranschlag war bis nach Mitternacht im Gange. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr 700 000 Gulden.

Das Urteil im Jörns-Prozess

Freispruch des Angeklagten

Berlin, 27. April.

Unter besonders harten Sicherheitsmaßnahmen seitens der Justizwachtmeister und Schutzpolizei und unter riesigem Jubelreue anbrang erfolgte heute mittag 13 Uhr die Bekanntgabe des Urteils durch den Vorsitzenden, Landgerichtsrat Marquardt. Der Angeklagte, Mediziner Kornlein, wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

In der Urteilsbegründung heißt es: Der eigentliche Kern, der in dem Artikel enthaltenen Beschuldigung sei der, daß Reichsanwalt Jörns als Untersuchungsleiter im Prozeß gegen die Mörder von Reichswehr und Luftwaffe durch die falsche Art seiner Untersuchungsführung die Untersuchung selbst gefährdet und damit den Beschuldigten Vorbehalt gelassen habe. Runges Aussage sei unzuverlässig, aber auch ohne Bedeutung, denn der Nebenkläger Jörns habe selbst zugestanden, daß in dem Privatgespräch, das er vor der offiziellen Vernehmung mit Runges hatte, dieser ihm erzählt habe, seine Frau hätte von dritter Seite Gehörversicherungen erhalten. Diese Angabe war wichtig, weil sie auf Mithildigkeit hindeutete. Dennoch habe Jörns in das Versteck der offiziellen Vernehmung Runges den Tod eingefügt, daß weder Runges noch seine Angehörigen Geld bekommen hätten. Diesen Zwischenfall habe Jörns bei seiner Vernehmung nicht aufklären können. Der Zweck der Untersuchung sei auch dadurch gefährdet worden, daß Jörns mit dem Stab der Wehrmachtlichen Division zusammenarbeitete und über diesen den Schriftverkehr gehen ließ, obwohl er wissen mußte, daß gerade in diesem Stab die der Tat Verdächtigen lagen. Vorbehalt gelassen worden sei den Angeklagten auch durch die Art ihrer Inhaftierung. Die nach langem Särgen erfolgte Verhaftung sei in Wirklichkeit nur eine Inhaftierung der Offiziere gewesen; die Zurückhaltung im Jellenkammerhaus wärem ein Lohn auf den Bruch der Untersuchungsbefehle gewesen. Anrecht dieser Tatsache müsse der Wehrmachtswelt für die Hauptbeschuldigung des Urteils, unbekannt des Verlaufs in einzelnen Nebenbeispielen, als erbracht gelten, und damit sei eine Befreiung des Angeklagten ausgesprochen.

Die Tiroler Landtagswahl

Jahresbericht, 29. April.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Tiroler Landtagswahl erhält die Katholische Volkspartei 26 bis her 24 Mandate, die Sozialdemokratische Partei 9 (8), die Christlichsozialen 3 (4), die Sozialistische 2 (4). Die Sozialistische Partei, die fast durchweg den nichtsozialistischen Parteien Stimmen entgegen und zwar die Nationalsozialisten, Hitlerischer Richtung, die Ansozialisten, der Wirtschaftsbund, der Landbund und die Kommunisten erhalten kein Mandat.

Die Gewerbesteuer in Preußen

Berlin, 27. April.

Im preussischen Landtag ist am heutigen Sonnabend die Entscheidung über die neue Gewerbesteuer vorlage der Regierung gefallen. Bei der namentlichen Abstimmung über einen Auswahlantrag stellte sich wiederum die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus, da Kommunisten, Deutsche Nationalen, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutsche Sozialisten und Nationalsozialisten an der Abstimmung nicht teilnahmen. Es wurden nur 195 Stimmen gezählt. Damit ist die Gewerbesteuer vorlage erledigt.

Die Preussische Regierung wird, nachdem am Sonnabend die Vorlage über die Gewerbesteuer nicht erledigt werden konnte, nunmehr eine Notverordnung erlassen, wie es bereits bei der Hauszinssteuer und bei der Grundvermögenssteuer der Fall war. Die Notverordnung wird inhaltlich den Beschlüssen entsprechen, die das Plenum des Landtages in der zweiten Lesung gefaßt hatte. Es werden also eine Reihe von Steuererleichterungen für die unteren Stufen festgelegt werden. Am Donnerstag, den 2. Mai, wird der Ständige Ausschuß sich mit der Notverordnung beschäftigen.

Aus der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages wird uns geschrieben:

Bei der Abstimmung in 3. Lesung über das Gewerbesteuergesetz hat sich das Bild, das man nach den Vorgängen der letzten Tage erwarten mußte: ein fast vollständiges Gans und trotzdem Beschlußfähigkeit bei der Abstimmung infolge der Obstruktion der Rechtsparteien. Vorangegangen war eine namentliche Abstimmung über einen Antrag der Wirtschaftspartei, der vollständig übernommen war von dem bereits in der 2. Beratung der früheren Vorlage angenommenen Antrag Rögges (3.) auf Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer. In dieser Abstimmung beteiligten sich 312 Abgeordnete. Mit 106 Stimmen 106 und zwar neben der Wirtschaftspartei auch die Deutschen Nationalen, die bei der vorhergehenden 2. Beratung geschlossen gegen den Antrag gestimmt hatten. Der Zweck dieser Abstimmung war, einen Beschluß zustande zu bringen, der sich bei Wahrung des Staatsgerichtshofes als anfecht-

Der Streit um die Winderbeiten

Zusammentritt des vom Völkerbund gewählten Dreier-Ausschusses in London

London, 29. April.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph beschäftigt sich eingehend mit dem heute in London zusammentretenden Dreier-Ausschuss des Völkerbundes für die Winderbeitenfrage, bestehend aus Chamberlain (England), Matschi (Japan) und Duinares de Leon (Spanien). Der Berichtserhalter erklärt, die Tatsache, daß die Besprechungen in strengster Vertraulichkeit vor sich gehen, werde zum Teil mit dem „Auswärtigen Charakter“ einiger der Memoranden erklärt, die dem Ausschuss unterbreitet wurden, insbesondere der in fast gleichen Worten gehaltenen der Winderbeitenstaaten Polen, Rumänien, Serbien, Tschechoslowakei und Griechenland.

Der Korrespondent veröffentlicht Auszüge aus diesen Memoranden. Die Winderbeitenstaaten beginnen mit ihren besonderen Auslegungen von Ursprung und Inhalt der Winderbeitenverträge. Die Staaten, die die Bestimmungen für den Schutz der Winderbeiten angenommen haben, waren natürlich bereit, diesen Winderbeiten die gleiche Behandlung wie ihren eigen-

nen Untertanen zu gewähren. Es widerspricht ihnen jedoch, die vorgeschlagenen Verträge abzuschließen, weil sie es als unvereinbar mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung erachteten, Vertragsverpflichtungen zu übernehmen, die nicht auch von anderen Mächten angenommen worden sind. Um diese Bedenken zu zerstreuen, sei den betreffenden Ländern gesagt worden, sie würden für den Abschluß solcher Verträge durch die Gewährleistung ihrer territorialen Unverletzlichkeit entschädigt werden. Die versprochene Gewährleistung territorialer Unverletzlichkeit sei jedoch niemals gegeben worden. Unter diesen Umständen hätten die unterzeichneten Länder den Vorschlägen der Vertreter Canadas und Deutschlands nicht zustimmen.

Am ansehnlichsten findet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ die Stelle der Memoranden, in denen die Winderbeitenstaaten sich gegen Dandarands Forderung nach größerer Publizität bei den Erörterungen der Winderbeitenfrage wenden. Der Korrespondent fragt, ob der Völkerbund dieser Verteilung der Geheimdiplomatie zustimmen könne.

Debatte zur Landabdrückung

Nur der holländische Delegierte nähert sich dem deutschen Standpunkt

Ein chinesischer Antrag

Genf, 27. April.

Im Verlauf der weiteren Aussprache im Vorbereitungs-ausschuss vertrat der holländische Delegierte Rutgers einen vollkommen entgegengesetzten Standpunkt, der sich dem deutschen weitgehend näherte, indem er betonte, daß, selbst wenn heute die Maximalforderungen nicht verwirklicht werden können, das Ziel der tatsächlichen Herabsetzung der Rücklagen unbedingt im Auge behalten werden müsse. Bei der Verwirklichung dieser Aufgabe handle es sich heute nicht mehr um ein technisches, sondern um ein politisches Problem. Mit einem Verzicht auf die Einbeziehung der ausgebildeten Reserve und ohne wesentliche Herabsetzung der Jahreskontingente würde die Abdrückung überhaupt unmöglich und also die verweigert. Man müsse sich fragen, ob denn der Locarnovertrag und der Kelloggspakt jeden Wert verloren haben. Wenn der Ausschuss zu seinen oder nur geringen positiven Ergebnissen komme, so werde sich der Rat die Frage vorlegen müssen, ob er unter diesen Umständen überhaupt die Abdrückungskonferenz einberufen könne.

Litwinow befaßt dann in längeren kritischen Darlegungen seine große Enttäuschung über den amerikanischen Verzicht. Litwinow findet es ungerechtfertigt, daß sich die Vereinigten Staaten als Seemacht an den Landdrückungen desinteressieren. Die Sowjetdelegation betrachtet die Einbeziehung der ausgebildeten Reserve als einen wesentlichen Bestandteil jeder tatsächlichen Abdrückung. Ein Verzicht auf diesen Grundsatz bedeute gleichzeitig den Verzicht auf die Abdrückung im allgemeinen und gestöre auch jede Hoffnung, daß die künftige Konferenz das Abdrückungsproblem in einer auch nur halbwegs zufriedenstellenden Weise werde lösen können. Sowjet-Voten bezeichne die Einbeziehung der ausgebildeten Reserve als unmöglich.

Lord Cushingdun führte aus, auch England sei bereit, im Hinblick auf die Erreichung praktischer Ergebnisse auf keine

Aussage in der Frage der ausgebildeten Reserve zu verzichten, ohne freilich damit seine grundsätzliche Stellungnahme anzugeben. Die Frage der ausgebildeten Reserve sei unentwederbar von der der allgemeinen Wehrpflicht, und wenn Graf Bernstorff eine kassenweise Einbeziehung vorgeschlagen habe, so habe er, Lord Cushingdun, zwar diesen Vorschlag noch nicht eingehend prüfen können, doch erscheine ihm diese Methode äußerst kompliziert und schwer anwendbar. England wolle mit dem Beharren auf seinem Grundsatz nicht Obstruktion treiben. Im jetzigen Zeitpunkt handle es sich nur um einen ersten Schritt auf dem Wege zur Abdrückung, wobei man von einer vollkommenen Verwirklichung dieses Problems vorläufig absehen müsse. Es bliebe aber die Hoffnung, daß in späterer Zeit weitere Fortschritte möglich seien.

Präsident London glaubte hierauf feststellen zu können, daß der Ausschuss nicht geneigt sei, die Frage der ausgebildeten augenblicklich seinen Wert darauf, zu der Pariser Konferenz in übertriebenem Ton zu sprechen. Die Engländer haben es darüber hinaus noch nicht aufgegeben, das Mandat der Pariser Konferenz wirklich auszuführen, d. h. eine Lösung zu finden. Ob man sie endgültig nennen will oder nicht, ist gleichgültig. Jedermann weiß, daß die Welt noch auf eine Revision der amerikanischen Schuldenpolitik wartet, und daß alles, was heute endgültig ist, vielleicht in ein paar Jahren zum alten Eisen geworfen wird, oder vielleicht auch nicht.

Nach der wohlbekannten englischen Meinung, die hier schon bei den Londoner Besprechungen Carter Gilberts im vorigen Herbst auseinandergesetzt wurde, hätte man mit den ganzen Reparationsverhandlungen besser gewartet, bis jene Eventualität sich deutlicher abgezeichnet hätte. Nachdem aber die Konzeptionen getraut hat, die die amerikanische Delegation von den Landmächten erwartet, begründete zum Schluß der heutigen Sitzung die chinesische Delegation ihren Antrag auf Abdrückung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Eröffnung der allgemeinen Aussprache über diesen Antrag wurde auf Montag vormittag verlegt.

Internationaler Bibliothekerkongress in Rom

Im Juni soll in Rom der große internationale Kongress der Bibliothekaren stattfinden. Bereits im Dezember vorigen Jahres wurde dafür ein Dekret vom italienischen Parlament erlassen. Der Unterrichtsminister Belluzzi gründete ein Exekutivkomitee aus den bekanntesten Vertretern des italienischen intellektuellen und politischen Lebens. Das Programm der Tagung steht wie folgt zunächst Diskussionen vor, die den Gedankenaustausch zwischen den Bibliothekaren und den Bibliographen von 24 Staaten ermöglichen sollen, vor allem über technische Fragen, wie die Konserverung, Ordnung und Verwendung des Buchmaterials. Bei dieser Gelegenheit sollen den Ausländern die reichen Schätze der italienischen Bibliotheken gezeigt werden. Um den Gedankenaustausch zwischen den Vertretern der verschiedenen Länder zu erleichtern, sollen Ausstellungen veranstaltet werden, z. B. eine internationale Schau des Bibliothekwesens, für die die italienische Regierung schon Räume zur Verfügung gestellt, und der sie weitgehende Jollerleichterungen eingeräumt hat. Für das allgemeine Interesse des italienischen Publikums vertritt man sich von diesem Kongress großen Gewinn. Auch seitene Persönlichkeiten erwarten an, daß in bibliothekarischer Hinsicht Italien vom Ausland viel zu lernen habe. Andererseits ist es eine Tatsache, daß sich in den italienischen Bibliotheken ein so reichhaltiges und wertvolles Material befindet, wie es selten in anderen Ländern der Fall ist. Es gibt kaum eine kleine Stadt, die nicht kleine und kostbare Werke besitzt. Große historische Ausstellungen finden in Rom, Venedig und Florenz statt. Venedig wird daneben eine Schau des künstlerischen Bucheinbandes und Florenz der Miniaturen veranstalten, während Rom die Entdeckung der Ewiges Städt an Hand von Drucken, Kupferstichen, Büchern und Plänen aufzeigen wird. In Florenz wird die Entdeckung des italienischen Buches von Bodoni bis zur Jetztzeit gezeigt. R. v. F.

Endspiel um die mitteldeutsche Hochschulmeisterschaft im Fußball am 1. Mai in Leipzig

Im Endspiel um die mitteldeutsche Hochschul-Fußballmeisterschaft treten sich am Mittwoch, den 1. Mai, auf dem Universitätsplatz in Leipzig die Mannschaften der Technischen Hochschule Dresden und der Gewerbeschule Rötzen gegenüber.

Weiterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Stärkere Bewölkung und vorübergehend auch Regen. Mit Ausnahme der höheren Gegendslagen mild. Winde aus östlichen bis südlichen Richtungen mäßiger Stärke.

Ein internationaler Kunstwettbewerb für Madrid

Zur Generalbebauungs- und Erweiterungsplanung von Madrid schreibt der Magistrat einen acht Monate laufenden internationalen Wettbewerb aus. Der Bauungsplan soll die Hauptstadt und die Umgebung in Straßen, Fußböden, öffentlichen Anlagen, Plätzen und Bahnhöfen in Anlehnung an den bestehenden Zustand aufteilen, unter Berücksichtigung und Angabe des erhaltenswerten Objekts.